Ov 2114 [6] 39.

Staatsmoral und Politik

von

D. Dr. Adolf Wach



Verlag von S. Hirzel in Leipzig
1917



Zwischen Krieg u Frieden 39

[6]

Staatsmoral und Politik

Zwei Reden

von

D. Dr. Adolf Wach

16/1919



Verlag von S. Hirzel in Leipzig
1917



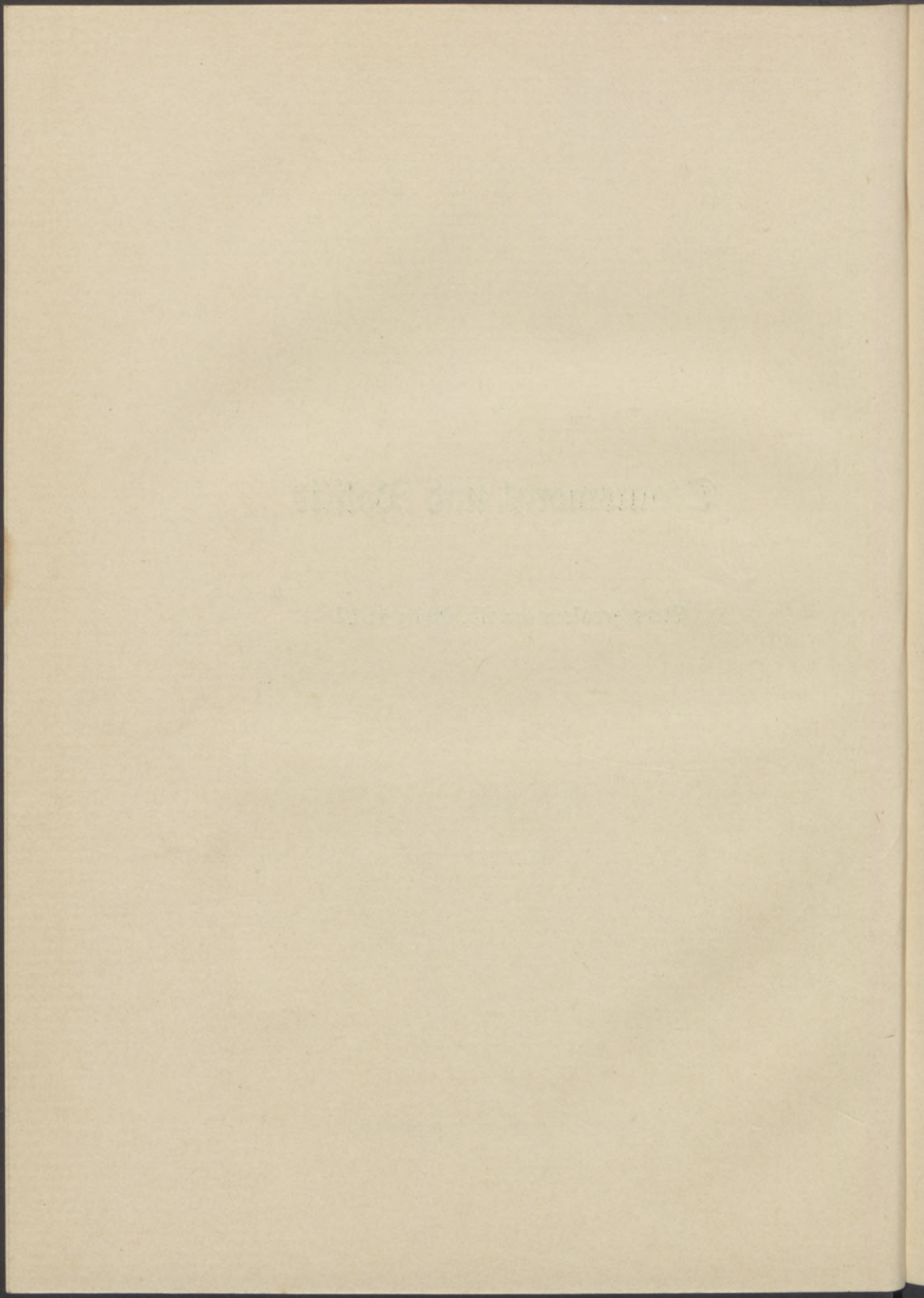
Copyright by S. Hirzel at Leipzig, 1917

137.081
II

Das Recht der Übersetzung ist vorbehalten.

Staatsmoral und Politik

Rede gehalten am 25. März 1917



Was hat der Krieg mit der Moral zu tun? Im Vernichtungskampf ringen Millionen miteinander; sie töten, verstümmeln, verwüsten mit allen Mitteln der Kraft und der Technik; die Werke des Friedens und der Kultur sinken in den Staub, Hunger und Elend kommen über die Lande; und immer weiter zieht der Krieg seine Kreise; die Menschheit scheint sich austilgen zu wollen: ein Bild der letzten Dinge. Die apokalyptischen Reiter brausen daher, der auf dem roten Roß, und ihm ward gegeben, den Frieden zu nehmen von der Erde und daß sie sich untereinander erwürgeten; mit ihm der auf dem schwarzen Pferd, der Not und Teuerung bringt, und der auf dem fahlen, des Name ist Tod und die Hölle folget ihm nach. Alle guten Geister verhüllen ihr Haupt: Mitleid, Barmherzigkeit, Nächstenliebe, Menschlichkeit. Wo ist da noch ein Schein des Himmelslichts? Der Mensch, „er nennt's Vernunft und braucht's allein, um tierischer, als jedes Tier zu sein". Was hat das Lebensgesetz des Guten mit dem Kriege zu tun? Ist er nicht das Grab aller Moral?

Und doch tönt durch all das Kriegsgetöse und Wüten wie ein Cantus firmus der Moral das laute Bemühen der Völker, sich zu reinigen von der furchtbaren Schuld des Krieges. Von Anbeginn ist's das eifrige und durch virtuoses Benutzen der Presse erfolgreiche Bestreben unserer Feinde, uns ins Unrecht zu setzen, und der Welt vorzublenden, sie kämpften not-

gedrungen für die heiligsten Güter: die Freiheit, die Zivilisation und Kultur, die Menschlichkeit und das Recht gegen rohe Eroberungssucht, Militarismus und Barbarei der deutschen Horden. Sie erlügen sich durch Anklagen über Greuel und Frevel gegen menschliches und göttliches Recht eine Mission der strafenden Gerechtigkeit, ein „Gott will es" für ihren Vernichtungskampf. Sie verfemen uns vor der Welt als Bestien und Verbrecher mit gesamtem Munde: allen voran die Engländer und Franzosen und im Chor die Alliierten und Trabanten, die Völker der Knute und Unkultur, die schwarzen, die braunen und die gelben. — Herr Bonar Law stellte uns neulich außerhalb der Menschheit:

„Es gibt Menschen und Deutsche."

„England", sagte er im Unterhaus am 20. Februar d. J., „kämpft nicht für eine Gebietserweiterung oder für einen ruhmreichen Sieg. England kämpft, um einer Kaste, die Missetaten begangen hat, deutlich zu machen, daß sie so etwas nicht darf."

Und das Echo dieser aufopfernden Lehrtätigkeit wird uns aus Washington, aus dem Munde eines frommen Senators, der am 4. März in einer Sitzung des Senates verkündete:

„Es hat keinen Zweck, eine Predigt oder ein Traktat der Heilsarmee oder ein Kapitel aus der Bergpredigt einer Nation vorzulesen, die verrückt geworden ist und durch ihre militärischen Autoritäten verführt, wie ein wahnsinniger Massenmörder. Sollen wir dieses wahnsinnige Untier über uns wegtrampeln lassen?"

So geht mit dem Kampf der Gewalten der Seelenkampf der Völker. So ruft man für sich an das sittliche und göttliche Gesetz. Und wahrhaftig, wenn es eine sittliche Weltordnung gibt, wenn ein Gott lebt, zu strafen und zu rächen, so wird er nicht mit dem sein, der „Herr, Herr" ruft, sondern

mit dem, der seinen Willen tut. Sieger wird bleiben, mit dem die ewigen Mächte sind.

Aber ist nicht vielleicht alles Trug und Selbsttäuschung? Ist nicht aller Krieg gegen sittliches und göttliches Gebot? Zur Verdunkelung und Verwirrung des sittlichen Bewußtseins trägt nicht wenig bei, daß, wenn einmal der Kampf entbrannt ist, jedes tüchtige Volk nunmehr seine Kräfte besten Gewissens an den Sieg setzt. Erinnern wir uns, was Bismarck einst — es war am 18. März 1875 — von uns in Anwendung auf den inner-politischen Kampf sagte:

„Der Deutsche hat das Gefühl, er mag für eine gerechte oder ungerechte Sache kämpfen, wenn er einmal im Kampfe engagiert ist, so ist er nicht geneigt, die Sache zu prüfen; er hat dafür gesprochen, er begeisterte sich dafür; die Schläge, die er dafür empfangen hat, dienen ihm als Grund seiner Überzeugung, — und in dem Gefühl folgt er entschlossen der Führung seiner Leiter."

Das gilt in erhöhtem Maße im Kampf der Waffen. Sind die Völker in ihn verstrickt, haben sie Unermeßliches an Gut und Blut verloren, so scharen sie sich um ihre Fahnen im Bewußtsein heiliger vaterländischer Pflicht.

Um so ernster und dringlicher wird die Frage: Gibt es einen moralisch gerechtfertigten Krieg? Kann ein Krieg sittlich gut sein, vereinbar mit der sittlichen Weltordnung? Kann er bestehen vor dem christlichen Gewissen?

Das Problem ist viel erwogen und umstritten, von Theologen, Ethikern, Politikern. Man hat es vom Boden des Staatslebens aus unter den allgemeinen Gesichtspunkt des Verhältnisses von Politik und Moral gebracht. Und in der Tat ist ja Krieg Staatsakt, Akt der hohen äußeren Politik.

Hier setze ich ein, frage also zunächst nach dem Einklang

des Krieges mit der Staatsmoral. Ob man von solcher reden darf oder ob der Staat jenseits von Gut und Böse steht, das wird dabei unweigerlich zu entscheiden sein.

Der Staat ist die Rechtsordnung. Was der souveräne Staat will, ist Gesetz, ist recht. Er hat keinen irdischen Richter über sich. Damit wären wir, scheint's, schon am Ende. — Aber es gibt ein Recht, das mit uns geboren ist, eine dem Staate immanente, aus seinem vernunftmäßigen Wesen folgende Richtschnur. Wie alles Recht die Ordnung des Guten sein soll, soweit es sich zur äußeren, zwingenden allgemeinen Norm eignet, und wie es damit seine letzten Wurzeln in den Boden der Sittlichkeit senkt, so hat das Wollen und Handeln des Staates einen ewigen Maßstab, an dem es zu messen und zu richten ist: das ist seine vernunftmäßige Zweckbestimmung. Der Staat, als das zur Einheit zusammengeschlossene organisierte Volk, ist die höchste Gemeinschaftsbildung, ein Eigenwesen mit eigenem Lebensgesetz von selbständigem, sittlichen Wert. Er ist unser höchstes irdisches Gut. So hoch der Himmel über der Erde ist, so hoch steht der Wert des Staates über dem des Einzelnen. Denn er ist die Bedingung alles gesicherten menschlichen Seins, wie aller Kultur, die alleinige Form und das alleinige Mittel für die volle Entfaltung der in ihm zusammengefaßten Volkskraft. Nur in ihm und durch ihn erreicht sie die höchste Steigerung. Daher ist der Staat „sub specie aeternitatis" das zur Vollendung, zu ewigen Zwecken geeinte Volksganze. Der Staat muß sein, das ist Weltordnung.

Ist das Leben auch selbstverständliche Voraussetzung aller Sittlichkeit, so gibt es doch keine sittliche Notwendigkeit der Existenz des Einzelnen, für ihn keine absolute Daseinspflicht.

Ja sein Opfertod kann die vollkommenste sittliche Tat sein. Der Opfertod des Märtyrers, des Glaubenshelden, oder des Kriegshelden — man denke an einen Arnold von Winkelried — krönt mit unvergänglicher Krone; das Sterben für die Brüder ist seliges Vollenden.

Der Staat darf nicht sterben. Er ist ganz und gar von dieser Welt; für ihn gibt's kein Leben nach dem Tode. Er muß leben, um seine Mission zu erfüllen. Er muß für sein Leben kämpfen bis zum Äußersten. Er darf sich nicht für außer ihm liegende Zwecke hingeben. Ein heteronomes Gesetz, welches ihm den Opfertod ansinnen könnte, ist undenkbar, liegt außerhalb unseres sittlichen Bewußtseins und der Weltordnung.

Wohl sterben auch Staaten. Sie entstehen und vergehen. Es gibt ein Ende aller Dinge. Die Weltgeschichte, die wir das Weltgericht nennen, predigt es mit vernehmlicher Stimme. Sie richtet über Wert und Unwert auch der Staaten und Völker. Schwäche und Entartung kann ihren Untergang verschulden und herbeiführen. Die Tatsachen stehen heute, wo Ungeheures geschieht, vor aller Augen. Aber darin liegt für den Staat nur das Lebensgebot der Kraftentwickelung und Vervollkommnung, nie das Todesgebot, nie die Liebespflicht der Aufopferung.

So scheint die Selbstsucht das dem Staate eingeborene Lebensprinzip, der Egoismus in höchster Potenz seine Moral zu sein.

Sicherlich — aber nicht im Sinne des „sacro egoismo" der Italiener, sondern in dem Doppelsinn: einmal der Ablehnung altruistischer, außerhalb des Staates liegender Zwecke — und sodann im Sinne der Selbstvervollkommnung; da ist nichts Unmoralisches, sondern edelster sittlicher Wert.

Wenn der Staat sich selbst sucht, so sucht er das gemeine Wohl, das Wohl seiner Mitbürger, das allgemeine Gedeihen und die größte Kraftsteigerung durch höchste Leistung. „Salus publica suprema lex esto.“ Das ist echte Realpolitik und zugleich ideales Streben. Das Wohl fremder Staaten darf nicht sein Ziel sein, es fördere denn das eigene oder benachteilige es zum mindesten nicht. Nur solche Solidarität der Interessen führt zu Freundschaftshandlungen und Bündnissen. Das Gebot „liebe deinen Nächsten als dich selbst“ spricht nicht zum Staate. Zumal aufopfernde Nächstenliebe wäre Verbrechen gegen sein oberstes Gesetz. — Und vollends sinnlos wäre es, vom Staate die Unterordnung unter allgemein philanthropische Menschheitsideale, wie den pazifistischen Gedanken des ewigen Friedens oder der internationalen Gleichberechtigung aller, zu fordern. Wer solches will, hat keine Ahnung von der Bedeutung und dem Wert des selbständigen Staates im Leben der Menschheit. Die Menschheitspflege als solche ist keine Staatsaufgabe. Sie als Staatszweck denken, wäre eine atomistische Humanitätsduselei, mit der nichts zu tun hat die Anerkennung der berechtigten Koexistenz der Staaten.

So fasse ich die Staatsmoral als die selbstische Daseinspflicht des Staates und sein autonomes, aus seinem vernunftmäßigen Wesen abgeleitetes Lebensgebot der höchstmöglichen Kraftsteigerung und Vervollkommnung.

Das ist weit entfernt von einer Machiavellistischen Staatslehre und doch auch von dem durch Treitschke genährten und andere gepflegten Gedanken der Machtpolitik: der Staat ist Macht, daher Machtsteigerung sein Ziel.

Wir haben hier kürzlich in glänzender Schilderung Niccolò Machiavelli kennen gelernt als den glühenden Patrioten und geistvollen Schriftsteller, der für sein Volk Errettung sucht

aus Verrottung und Verwahrlosung, aus dem wunderbaren Gemisch von Fäulnis, Übermenschentum und Hochkultur, aus den Banden der Fremdherrschaft, durch Kraft und Energie des Fürsten. Mir liegt eine historische Würdigung des großen Florentiners fern. Ich spreche von seiner als System gedachten Staatslehre, von dem, was man den Machiavellismus nennt, im Lichte unserer Zeit und unserer Staatsmoral.

Machiavellis libro del principe ist ein Katechismus der Tyrannenmacht. Die Quintessenz aller Politik lautet: steigere die Herrschermacht! Dafür ist jedes Mittel recht: jede Tücke, jeder Verrat, jedes Verbrechen. Diese Lehren werden nicht sittlich verbrämt. Unverhohlen bereitet Machiavelli das Gift dieser Machtpolitik des Tyrannen. Da wuchert üppig das Unkraut: der Zweck heiligt das Mittel. Und der Zweck selbst ist nichts weniger, als heilig. Gewiß ist Herrschermacht, wie alle Macht, ein hoher Wert, Ohnmacht Untergang des Staates. Aber der Machtgebrauch kann ebenso vom Teufel sein, wie von Gott, eine Macht zum Bösen, wie zum Guten. Und bei Machiavelli ist sie — abgesehen von dem Ziel der Staatserhaltung — des Teufels: die nackte, persönliche Gewalt im Dienste der Tyrannei nach dem Vorbild eines Cesare Borgia.

Unser monarchischer Staat lebt nicht im Herrscher. Wir verwerfen das Wort: „l'état c'est moi" und die Erniedrigung der Staatsgewalt im Dienste egoistischer, dynastischer Triebe. Der Fürst ist — nach Friedrichs des Großen Wort — des Staates erster Diener.

Friedrichs Antimachiavell — der von historischem Verständnis und wahrer Würdigung des italienischen Staatsmannes nichts enthält und wissenschaftlichen Wert nicht beansprucht —, diese Schöpfung jugendlich-schönen Idealismus,

muß auch heute noch vom Standpunkt geläuterter Staatsmoral als gerechte Verurteilung des Machiavellismus gepriesen werden. Auch geht es nicht an, Friedrich gegen Friedrich auszuspielen und etwa seine praktische Politik zur Entkräftung seiner Grundsätze so anzurufen, wie das früher und neuerdings geschehen ist. Friedrich war Autokrat; er wußte wahrhaftig, was Macht bedeutet, und hat sie gebraucht wie Einer. Aber sie ist nicht sein Idol. Er kennt kein anderes Gesetz, als die eiserne Pflicht im Dienste des Staates, kein höheres Gut, als das Gemeinwohl. So ist seine Staatsmoral durchaus modern. „In Preußen muß der Herrscher das tun, was für das Staatswohl am ersprießlichsten ist." „Das öffentliche Interesse soll das des Fürsten sein." „Das Interesse des Staates allein darf im Rate des Regenten entscheiden." „Es gibt für den Herrscher nur ein Heil, das ist das allgemeine des Staates." „Der Staat, in dem die Tugend überwiegt, ist den andern auf die Dauer überlegen." Solche Worte Friedrichs aus einer Zeit, als er auf der Höhe seines Ruhmes stand, zeigen, wie er auch als gereifter Staatsmann gleich entfernt war von Machiavells skrupelloser Tyrannenpolitik, als von moderner reiner Machtpolitik. Zu seiner Beurteilung mag beitragen ein kurzer Hinweis auf seinen schon im Jahre 1731 geschriebenen Brief an den Kammerjunker von Natzmer, in dem er bereits die für die Existenz Preußens notwendigen Erwerbungen und zugleich fordert, daß der König nur aus Gerechtigkeitssinn und nicht aus Furcht den Frieden halte, und Krieg führe, wenn es die Ehre des Hauses und des Landes fordern. „Ich wünsche dem preußischen Staat, daß er sich aus dem Staube, in dem er gelegen hat, völlig erhebe und den protestantischen Glauben in Europa und im Reich zur Blüte bringe, daß er die Zuflucht der Bedrängten, der Hort der Witwen und Waisen, die Stütze der Armen und der

Schrecken der Ungerechten werde. Sollte aber ein Wandel eintreten und Ungerechtigkeit, Lauheit im Glauben, Parteiwesen und Laster den Sieg über die Tugend davontragen, was Gott ewig verhüten wolle, so wünsche ich ihm, daß er in kürzerer Zeit untergehe, als er bestanden hat."

Ja, der Staat ist Macht, seine Lebenskraft Staatsgewalt, daher die Entwicklung zur Kraft, zur höchsten Leistungsfähigkeit ihm ebenso natürlich, wie dem Einzelnen. Aber um deswillen bekennen wir uns nicht zu dem Satz: Macht ist Recht, Macht ist Sittlichkeit, oder zu dem Gedanken: Machtsteigerung ist der Staatszweck. Damit wäre der Eroberungs- und Vernichtungskampf der Staaten untereinander, die Aufsaugung des Kleinen durch den Großen für vernunftmäßig und gerecht, zu einem Artikel der sittlichen Weltordnung erklärt. Das wäre die Apologie des Strebens nach Weltherrschaft. Nein, die Staatengebilde, die aus Geschichte und Eigenart der Völker, und nicht aus gewalttätiger Unterjochung erwachsen sind, haben ihr Eigenrecht, sich durch Eigenmacht zu behaupten, aber nicht den Freibrief, zur Steigerung ihrer Macht fremdes Staatsleben zu vernichten. Die Schlußfolgerung für die Kriegspolitik im Lichte der Staatsmoral ist damit gegeben.

Es gibt keinen sittlichen Eroberungs- oder gar Vernichtungskrieg. Hier gilt Kants kategorischer Imperativ: „tue nichts, was sich nicht zur allgemeinen Norm eignet", oder wie der Volksmund spricht: „was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu", oder das Schriftwort: „mit welchem Gericht ihr richtet, werdet ihr gerichtet werden, und mit welcherlei Maß ihr messet, werdet ihr gemessen werden". Die Maxime des Eroberungskrieges ist die des endlosen Kampfes aller gegen alle, ein Zustand, der auf den Untergang der Menschheit hinweist und unvereinbar ist mit der Erfüllung der

sittlichen Aufgaben des Staates. Instinktiv oder in Erkenntnis dessen sucht man den Eroberungskrieg heuchlerisch zu verschleiern durch eine angemaßte Kulturmission oder gar ein „Gott will es". Die Gier nach Macht, nach Ausbeutung und Besitz, nach Weltherrschaft wird umgedeutet in die Aufgabe, Glücks-, Freiheits- und Kulturträger zu sein. Das ist der cant, die Lüge des englischen Imperialismus, mit der er seinen mordenden Burenfeldzug verbrämt, die Knechtung Indiens, die Aneignung Ägyptens und des Sudan bemäntelt. Das ist das Motto, unter dem unsere Feinde ihren Feldzug gegen uns führen: Verteidigung der Kultur, der Freiheit, der Menschlichkeit oder auch der Neutralität gegen Barbarei und Militarismus, während das „business as usual" des Herrn Grey die ganze kaltherzige Berechnung des englischen Angriffs enthüllte und die Mißhandlung der Neutralen solchen Redensarten Hohn spricht. Es ist Spott seiner selbst im Munde Rußlands, an dem die Revolution schon das Gericht vollzogen hat. So ist es auch Unwahrheit oder Unverstand des Herrn Wilson, wenn er einen Krieg gegen deutsche Autokratie für die Freiheit des deutschen Volkes und dessen Demokratisierung als Garantie des dauernden Friedens proklamiert. Was weiß dieser Mann vom deutschen Volk und unserem Volkskrieg! Und welch ein Menetekel spricht er aus für seine Kriegsgenossen, die englische und die italienische Krone.

Nicht minder verwerflich erscheint die Phrase des Nationalitätskrieges zur Verhüllung der Eroberungssucht: der irredentische Erlösungskrieg der Italiener, auf den die italienische Bevölkerung Österreichs in Tirol und an der Adria die verdiente Antwort gegeben hat, oder der panslawistische Befreiungskrieg des kulturfeindlichen Rußland. Vollends abgrundtief ist die Verworfenheit des erobernden Religionskrieges, des mit

dem Schwert in der Hand missionierenden Christentums. Kein größerer Frevel in der Welt als die Umkehr des Wortes: „gehet hin in alle Welt und lehret alle Heiden" in ein Evangelium des Mordens: knechtet und tötet zur Herrlichkeit Gottes. Auch hierzu bekennen sich unsere Feinde, wenn sie das Kriegsziel verkünden, auf der Hagia Sophia Konstantinopels das griechische Kreuz aufzupflanzen und den Islam, das zivilisationswidrige osmanische Reich aus Europa auszutreiben.

Aber zum Eroberungskrieg wird der Krieg nicht schon dann, wenn er zu Eroberungen führt, wie er nicht zum Vernichtungskrieg wird, wenn er Reiche zerschmettert. Nicht die Wirkung, sondern die Ursache entscheidet. Vier Königreiche haben wir in diesem Weltkrieg vernichtet: Belgien, Serbien, Montenegro, Rumänien, der mächtigste Kaiserthron ist gestürzt, aber infolge der Abwehr, nicht des Angriffs. — Wenn im Jahre 1866 der preußisch-österreichische Krieg zur Annexion von Hannover, Hessen-Kassel, Frankfurt, Nassau führte, so war das nicht die Frucht eines Eroberungsfeldzugs, sondern des inneren Entwickelungskampfes des deutschen Volkes zur Staatenbildung, die im Jahre 1870/71 ihren freiwilligen, naturgemäßen Abschluß fand. Der beste Beweis dessen ist die ungeschmälerte Fortdauer Österreichs, unsere Blutbrüderschaft, und die innere Gesundheit und Herrlichkeit des Deutschen Reiches. Wer würde heute seine Stimme für die Wiederherstellung der 1866 an Preußen gefallenen Staaten erheben? Im Jahre 1870 wollte Napoleon die deutschen Kleinstaaten von dem preußischen Joch, dem Militarismus befreien! Sie haben ihm geantwortet, wie er es verdiente. Und nur, wer der Wahrheit unzugänglich und durch Haß verblendet ist, kann behaupten, daß unser Krieg gegen Frankreich 1870/71 ein Eroberungskrieg gewesen, weil er das Elsaß an Deutschland zurückbrachte, —

oder weil er das zu unserer Sicherung notwendige Lothringen den Franzosen entriß. Wir kämpften gegen den französischen Imperialismus für das Dasein des neuerstehenden vaterländischen Staates, wie wir heute kämpfen für das Dasein des 1871 neuerstandenen glorreichen Deutschen Reiches, dem man Luft und Licht nicht gönnt, dem Herr Lloyd George den vernichtenden Boxerschlag versetzen, das man erwürgen und zerstückeln will. — Wenn also dieser Weltkampf zur Vergrößerung Deutschlands führen sollte, damit seine Grenzen für die Zukunft wehrstark gesichert seien, sein Leben sich frei auf Land und Meer entfalten könne, unsere Feinde niedergehalten, die uns geschlagenen furchtbaren Wunden geheilt werden, so ist und bleibt der Krieg doch ein uns aufgezwungener Daseinskampf: gerecht vor dem Forum der strengsten Staatsmoral — ein echter und wahrer Verteidigungskrieg, geführt für unsere heiligsten irdischen Güter: den Staat selbst, Deutschlands und seiner Bundesgenossen Leben, Freiheit und Ehre.

Das wird noch klarer erwiesen werden.

Doch gleich jetzt sei gesagt, daß für diese Art unseres Krieges ganz bedeutungslos ist, wer den Krieg erklärte, wer, wie die Knaben sagen, „angefangen" hat. — Nicht das entscheidet, sondern wer und wie er den Krieg wollte. Auch der Kriegsbeginn kann Abwehr sein.

Unsere Feinde aber haben jegliches Recht auf ungeschmälerte Integrität verwirkt. Wenn sie Gebietsverluste treffen, so werden sie nur milde und glimpflich gemessen mit dem Maße, mit dem sie uns gemessen hätten.

Aber Krieg ist Akt der Politik und Politik ist Handeln Einzelner, der Männer, die den Staat leiten. Wie stellen sich

für sie die ethischen Pflichten? Der Einzelne erschöpft sich nicht — wie nach antiker Weltanschauung — im Staat. Darf er seine Tätigkeit messen und bestimmen nach dem Maßstab seiner eigenen Wesensvollendung, seiner Glückseligkeit, nach dem, was Moral und Religion von ihm als freiem Einzelwesen fordern? Besteht hier ein Gegensatz, ein Widerstreit der Pflichten, ein unlöslicher tragischer Konflikt, wie manche meinen? Stoßen sich Staatsmoral und Privatmoral in der Seele des gewissenhaften Staatsmannes? Wir steigern solche Kollision der Pflichten scheinbar aufs höchste, wenn wir das, was der Staat von seinem Diener fordert (sagen wir Kriegserklärung und Kriegsführung) in Vergleich stellen zu den Geboten der Bergpredigt:

„Wer mit seinem Bruder zürnet, ist des Gerichts schuldig, sei willfährig deinem Widersacher.

Widerstrebe nicht dem Übel, sondern so dir jemand einen Streich gibt auf den rechten Backen, dem biete den andern auch dar, und so jemand mit dir rechten will und deinen Rock nehmen, dem lasse auch den Mantel."

Der Staat aber gebietet:

„Widerstrebe dem Widersacher, wirf ihn nieder; will er nehmen, was mein ist, so gib nicht noch anderes dazu, sondern nimm ihm, was nötig ist, um mich zu schützen, brich ihm den Giftzahn aus, lähme, ja vernichte, wenn es sein muß."

Was soll der Staatsmann tun? Soll er im Gewissenskonflikt sich zurückziehen, um seiner Seele Seligkeit willen den Staat preisgeben? an ihm zum Verräter werden? Was würden Sie von dem Richter halten, der aus Gewissensskrupel nach dem Worte „richtet nicht" — und aus Nächstenliebe das Recht beugte? Oder von irgendeinem, der nach dem Worte „sorget nicht" wie die Blume auf dem Felde nicht arbeiten,

wie der Vogel unter dem Himmel nicht säen, nicht ernten, nicht in die Scheuern sammeln wollte? — Wir wissen, daß jene hohen Worte sinnbildlich der seelischen Vollendung der Gesinnung, der Nächstenliebe, dem Gottvertrauen gelten und nicht buchstäblich zu nehmende Gebote des äußeren Gebarens sind. Niemand könnte sich sonst nach ihnen halten. Wie könnte er als gerechter Haushalter bestehen, wenn er um seiner Gewissensbedenken willen sein Land, sein Volk dem Feinde preisgäbe? Er wäre ein höchst gefährlicher Narr oder ein arger Übeltäter. Der Staatsmann, der wahrhaft die Aufgabe des Staates und damit die seine begriffen hat, ist nicht verstrickt in einen unlöslichen Widerstreit der Pflichten: Gott zu dienen und der Welt, jedenfalls nicht mehr wie wir alle, die wir alltäglich erfahren, daß wir allzumal Sünder sind und des Ruhmes ermangeln, den wir an Gott haben sollen, daß nur der ewige Gott gut und Vollkommenheit nicht von dieser Welt ist.

So können Deutschlands Staatenlenker, obenan unser Kaiser und die Bundesfürsten, der Kanzler und Reichstag bestehen in diesem Kriege vor den höchsten Forderungen des Sittengesetzes und dem Weltenrichter. Ihn rief der Kaiser in der Stunde tiefster Ergriffenheit als Zeugen dafür an, daß er den Krieg nicht gewollt hat. Wir wissen es: Deutschlands Fürsten und Volk sind für Eroberungskriege nicht zu haben.

Ich berufe mich auf unseren größten Staatsmann, den Deutschesten der Deutschen, von dessen Politik wir grundsätzlich nicht gewichen sind. Bismarck sagte am 29. Juli 1870: „ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Übel, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß", und am 19. Februar 1878: „nur für den Schutz unserer Unabhängigkeit nach außen, unserer Einigkeit

unter uns, für diejenigen Interessen, die so klar sind, daß, wenn wir für sie eintreten, nicht nur das einstimmige notwendige Votum des Bundesrates, sondern auch die volle Überzeugung, die volle Begeisterung der deutschen Nation uns trägt, nur einen solchen Krieg bin ich bereit, dem Kaiser anzuraten". Ähnlich lautet es in seiner berühmten Rede vom 6. Februar 1888 gegen das Ende seiner Laufbahn: „wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unserer Nationalkraft führen wollen, so muß es ein Krieg sein, mit dem alle, die ihn mitmachen, die ihm Opfer bringen, kurz und gut, mit dem die ganze Nation einverstanden ist; es muß ein Volkskrieg sein; es muß ein Krieg sein, der mit Enthusiasmus geführt wird, wie der von 1870, wo wir ruchlos angegriffen wurden". „Gerade die Stärke, die wir erstreben, stimmt uns selbst notwendig friedfertig", ein Gedanke, dem Bismarck bereits am 1. Januar 1887 den Ausdruck gab: „Je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist der Krieg. Wenn die Franzosen mit uns so lange Frieden halten wollen, bis wir sie angreifen, wenn wir dessen sicher wären, so wäre der Friede ja für immer gesichert. Wir werden Frankreich nicht angreifen, unter keinen Umständen. Nach meiner Überzeugung haben wir einen französischen Krieg zu fürchten durch den Angriff Frankreichs."

Und so geschah es.

Unser Schild ist rein. Seit der Reichsgründung ein Hort des Friedens, hat das Deutsche Reich, umlauert und eingekreist von revanchelustigen, neidvollen, beutegierigen Nachbarn, mit äußerster Langmut ausgeharrt bis zum Letzten. Aber als das Letzte kam, als man nach der Mordtat von Serajewo von allen Seiten über uns herfallen wollte, da flammte jene hehre Begeisterung des Volkes auf, die Bismarck abwarten wollte, da

brach der Sturm los und fiel, nach Friedrichs des Großen Mahnung, auf die Feinde Blitz und Donner zugleich.

Wir sind guten Gewissens, — unser Krieg besteht vor Gottes Augen. Ist auch aller Krieg ungut, ein Übel, oder (wie man sagen kann) eine Ausgeburt des Sündenstandes, gibt es in diesem Sinn keinen wahrhaft heiligen Krieg, so ist doch unser Krieg gerecht.

Und gerecht ist auch unsere Führung des Krieges. Auch sie steht unter dem Sittengesetz.

Mit dem Kriegsausbruch sind nicht alle Bande der Moral gelöst. Da heißt es nicht: vernichten unterschiedslos, in jeder Form und um jeden Preis; alles Gute dem Freunde, alles Böse dem Feinde; ihm nur Schonungslosigkeit, Gemeinheit, Unmenschlichkeit, Raub, Brand, Mord. So dachte man früher. Aber schon lange hat sich die Kulturwelt zu dem bekannt, was wir Kriegsrecht nennen, und was nichts anderes ist, als die Versittlichung der Kriegsführung, das Bekenntnis, daß auch im Wüten des Kampfes das Gute walten soll, soweit es möglich ist. Das ist Triumph der Vernunft, der Moral, das Leuchten des ewigen Lebensgestirns auch durch das blutige Gewölk des Kampfes, die Stimme der Menschlichkeit vernehmbar noch im Donner der Geschütze.

Dazu bekennen sich angeblich alle Kulturstaaten und suchen es in Staatsverträgen zu sichern; und sie rufen den Fluch der Menschheit herab auf den, der sich außerhalb dieses Kriegssittengesetzes stellt. — Das tun unsere Feinde, auch wohl sog. neutrale Amerikaner, uns gegenüber. Ich sprach schon davon. Sie nennen uns Hunnen, Barbaren, Verbrecher, Mörder, reden von deutschem Greuel, von unseren unendlichen Verletzungen des Völkerrechts. — Haben sie recht? Wir wollen sehen. — Freilich sind die sprechenden Tatsachen Legion und

ich muß mich kurz fassen. Aber auch mit Wenigem ist hier genug gesagt.

Was wirft man uns vor?

Als Hauptverstoß, um dessenwillen angeblich England uns den Krieg erklärte, die Verletzung der garantierten belgischen Neutralität. Ehrlich und gerecht wurde sie vom Reichskanzler bei Kriegsbeginn einbekannt und mit der Zwangslage entschuldigt: „Not kennt kein Gebot." Da schrie man von neuem auf über diesen allem Recht hohnsprechenden Zynismus. Aber schon von dem alten englischen Kirchenvater Beda venerabilis, den Leo XIII. heilig gesprochen hat, können seine Landsleute lernen: quod non est licitum lege, necessitas facit licitum, d. h. Not kennt kein Gebot. Das erkennt die ganze Welt für den Einzelnen an durch Straflosigkeit der Verletzungen in Notwehr und Notstand. Und der deutsche Staat sollte zugrunde gehen um der von ihm garantierten Unverletzlichkeit der belgischen Grenzen willen?[1]) Aber wir wissen ja längst, wie es mit Belgiens Neutralität bestellt war. Wir kennen jetzt die feindselige Konspiration dieses Musterstaates mit England und

1) Ein tiefblickender, durchaus besonnen und objektiv urteilender Neutraler, Hermann Stegemann, sagt darüber in seiner Geschichte des Krieges Bd. I, S. 64: „Die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland bildete im Augenblick des geschichtlichen Geschehens ein völkerrechtliches Verschulden Deutschlands." — „Aber die geschichtliche Gerechtigkeit gebietet, auch vom Zwange zu reden, in dem sich das Deutsche Reich befand, als es in den Krieg eintrat. Es fühlte sich als ein Volk von 70 Millionen dem Verderben ausgeliefert, wenn es nicht rechtzeitig aus den ungünstigen militärgeographischen Grenzen hervorbrach und in dem ihm von allen Seiten aufgezwungenen Verteidigungskrieg das Höchste wagte, indem es in strategischem Ausfall das aufgestellte Netz zerriß." — Nur darf man da nicht mehr von Schuld sprechen. Hier darf an Friedrichs des Großen Wort in seinem Antimachiavell erinnert werden: es gebe bittere Notwendigkeiten, da ein Fürst wohl oder übel Verträge und Bündnisse brechen müsse; doch bleibe dafür die Voraussetzung, daß das Heil seines Volkes es gebiete und eine ernste Notlage es zur Pflicht mache.

Frankreich gegen uns. — Wir kennen auch die Musterkarte der endlosen Neutralitätsverletzungen unserer Feinde während des Krieges, von ihren alten Sünden, z. B. dem Bombardement von Kopenhagen und Alexandrien, nicht zu reden: die Londoner Seerechtsdeklaration haben sie zerrissen, die Neutralität des Suezkanals, der ionischen Inseln, Griechenlands gröblich verletzt, die Aalandsinseln befestigt, den freien Seeverkehr der Neutralen in den Bann gelegt, die Nordsee gesperrt, neutrale Flagge und Uniform mißbraucht und was dergleichen mehr.

Man schilt uns Verbrecher und Mörder, weil im Luft- und U-Bootkrieg Eigentum und Menschenleben vernichtet und die Verpflegung Englands lahmgelegt wird. Aber mit unseren U-Booten führen wir ja nur den Gegenstoß gegen das allem Sittengesetz und Völkerrecht hohnsprechende, gegen Millionen Wehrlose gerichtete Aushungerungssystem Englands. Die Waffe selbst ist von unseren Feinden erfunden und nur deshalb nicht rücksichtslos gegen uns verwendet, weil sie sie nicht beherrschen, auch das von deutschen Schiffen leere Meer ihnen dazu keine Gelegenheit bietet. Ihr Luftbombardement offener Städte — ich erinnere an Freiburg, Karlsruhe, Frankfurt — läßt ihren Vorwurf auf sie zurückfallen. Wenn unser Krieg gerecht ist, so sind es die kraftvollsten Mittel zum Siege über den Feind. Ihre Anwendung ist Pflicht zu unserer Errettung.

Man fabelt von deutschem Greuel. Deutschland führt nicht Krieg gegen Privateigen und Nichtkombattanten, es sei denn, daß sie sich selbst durch meuchlerische Angriffe oder frivoles Eindringen in die Kriegszone oder Seezone außer Schutz und Recht setzen.

Solchen Freiverkehr nehmen für sich die Amerikaner in Anspruch, vor ihnen habe der Kampf zu schweigen! Jenes

taten die Belgier: sie meuchelten in Lüttich, um dann Zetermordio zu schreien. Nie hat unsere Kriegsführung sich gegen das oberste Gesetz vergangen: Kampf nur gegen Kämpfer, Schonung der friedlichen Bevölkerung und den Überwundenen. Man sehe unsere Pflege der eroberten Gebiete, ihre geordnete Verwaltung, den gewissenhaften Ersatz der Kriegsschäden. Den Flamen geben wir die ersehnte Sicherheit ihrer Eigenart, die Genter Universität erwecken wir zu neuem Leben, wir errichten die Hochschule in Warschau und, was mehr ist, wir proklamierten den eigenen polnischen Staat. Den gefangenen und verwundeten Feinden wird würdige Behandlung und sorgsame Pflege zuteil, gleich den Unsrigen.

Wie steht's damit bei unseren Feinden?

Wo sie einbrachen, schleppten sie die Landeskinder fort, die Elsässer, die Ostpreußen; die Russen brandschatzten, raubten, töteten, vergewaltigten die friedliche Bevölkerung. England führt grundsätzlich Krieg gegen alles, was der Nation des Feindes gehört: gegen die Untertanen, ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zur bewaffneten Macht, gegen den Handel mit dem Feinde. — Die Grausamkeiten, ja Unmenschlichkeiten gegen Wehrlose, kampfunfähig Gewordene schreien gen Himmel. Denken Sie der Baralongmörder, der Bemannung von King Stephan, der Nettoyeurs — deren besonderer Beruf ist, die im Kampf Zurückgelassenen zu ermorden. Die Engländer müssen sich gefallen lassen, daß wir das Zeugnis von Fred Jane in seinem Buch: „the imperial russian navy, its past, present and future“ gegen sie verwerten. Da heißt es: „Die englische Armee wird nicht sonderlich in Rußland geschätzt. Aber der russische Soldat würde weit lieber mit dem deutschen als mit dem englischen Soldaten fechten. Warum? Die Erinnerung an die südafrikanischen Greuel, an Kitchener, an die

Schändung des Mahdi-Leichnams usw. tragen die Schuld. Der Name Kitchener wiegt ein Armeekorps auf. Was verwundete Soldaten von den Baschi-Boschuks im letzten türkisch-russischen Krieg dulden mußten, ist nicht vergessen, es hinterließ einen nachhaltigen, schmerzlichen Eindruck. Aber in dem britischen Tommy erblickt der Russe einen viel schlimmeren Feind, einen schrecklichen Wilden, der mit Dum-Dum-Geschossen arbeitet, der, wenn er einen verwundeten Russen gefangen nimmt, ihn an der Sonne ohne einen Trunk Wasser langsam verschmachten lassen und ihn so Zoll bei Zoll töten wird. ‚The incarnation of merciless devilry' (die fleischgewordene gnadenlose Teufelei), das ist das Ideal des britischen Soldaten für den Russen."

Und man erinnere sich zur Bestätigung der Grausamkeiten der Engländer gegen die Inder, die Buren, im Sudan. — Wie barbarisch unsere Gefangenen von den Franzosen und gelegentlich auch von den Engländern behandelt werden, ist mehrfach Gegenstand amtlicher Feststellung und Anlaß zu Retorsionsmaßregeln geworden. — Aber der Gipfel der Unmenschlichkeit bleibt doch jenes englische Aushungerungssystem, gerichtet gegen das ganze deutsche Volk, über dessen notgedrungene erfolgreiche Abwehr durch unsere U-Boote sich unsere Gegner nunmehr heftig entrüsten. Da muß sich England von seinem größten Sohne sagen lassen: „Die blut'ge Lehre, die wir andern geben, fällt gern zurück auf der Erfinder Haupt und die gleichmachende Gerechtigkeit zwingt uns, den eignen Giftkelch auszutrinken."

Ja — auch im blutigen Kampf spricht die Stimme der Moral. Das Volk, das ihr gehorcht, kämpft menschlich, ritterlich, edel; das andere verbrecherisch, barbarisch.

Die Weltgeschichte wird zwischen uns und unseren Fein-

den richten. Wir sind nicht zweifelhaft, wen sie verwerfen wird.

Und nun noch eins: Die Frage nach der sittlichen Stellung des Einzelnen im Kriege.

Was ich vom Staatsmann sagte, gilt mehr oder weniger von jedem. Jeder hat seinen Eigenwert, sein eigenes Leid und Glück, sein Ziel der sittlichen Vervollkommnung. Wir gehen im Staate nicht auf; seine Gesetze erfüllen uns nicht: „Höchstes Glück der Erdenkinder ist doch die Persönlichkeit.“ Und: „Was hülfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele.“ Dem Staate dienen und Gott dienen ist wohl zweierlei. Wie nun? Wenn der Staat den Einsatz aller Kräfte fordert und die sittliche oder religiöse Überzeugung den Krieg verwirft: was hat der von ihr Durchdrungene zu tun? Soll er um des Gewissens willen seinen Staat im Stiche lassen, ihm die Heeresfolge weigern? Was ist gut? Die Antwort kann nicht schwer fallen: ich wiederhole: gut ist nur, was sich zur allgemeinen Maxime eignet. Die allgemeine Verweigerung der Hilfe und der Heerespflicht aber wäre die Wehrlosigkeit und Opferung des Staates, des Volkes, die Vernichtung. Die Teilnahme am Kampf aber ist Hingabe für das Vaterland, eine hohe sittliche Tat. Denn was können wir mehr tun, als, unserem Vaterlande getreu, Gut und Blut dahingeben für die Brüder. — Da sprechen wieder manche von tragischem Konflikt, vom Widerspruch zwischen staatlicher und sittlicher oder Christenpflicht, und wohl auch davon: man solle Gott mehr gehorchen als den Menschen. Gewiß ist dieses Weltleben nicht Gottes Reich; das ist nicht von dieser Welt, das ist inwendig in uns. — Das wollen wir pflegen und bewahren. Aber als Christenmenschen dieser Welt gibt's für uns keine überweltliche Moral.

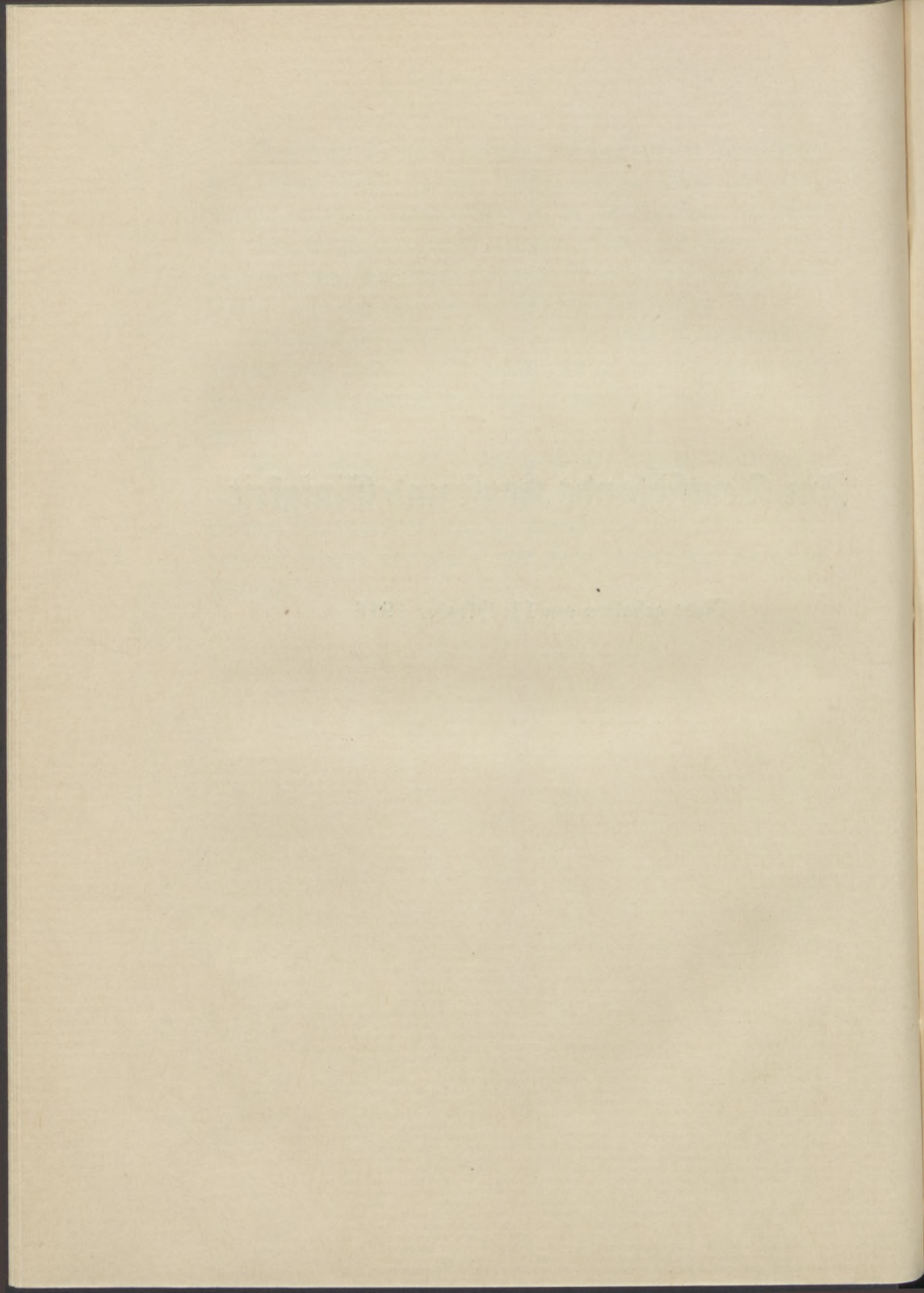
Man kann sich nicht heiligen, indem man am Vaterlande und seinem Volke frevelt. Luther sagt in seiner drastischen Weise: im Verteidigungskrieg sei es christlich und ein Werk der Liebe, die Feinde getrost würgen, rauben und brennen und alles tun, was schädlich ist, daß man sie überwinde nach Kriegsläuften, ohn daß man sich vor Sünden soll hüten.

Die heutigen Kriegsläufte fordern vom Kriegsmann so Hartes nicht mehr. Sie geben Raum der Schonung und Menschlichkeit, dem Erbarmen, ja der Nächstenliebe für den Feind.

Von solchem Geist erfüllt wird das deutsche Volk diesen Krieg nicht nur sieghaft mit der Macht der Waffen enden, sondern ihn innerlich sieghaft, opferwillig und einig mit erhobenen Herzen überstehen und stark bleiben für die große Zukunft.

Für Deutschlands Kraft und Einigkeit

Rede gehalten am 11. Oktober 1916



Vorwort.

Am 11. Oktober 1916 fand im großen Saal des Zoologischen Gartens in Leipzig eine zahlreiche Versammlung von angesehenen Personen verschiedener Stände und Parteirichtungen statt, in der auf Grund der im folgenden im wesentlichen unverändert wiedergegebenen Rede eine vorgeschlagene Resolution einstimmige Annahme fand. Sie weist die planmäßigen auf den Sturz des Reichskanzlers und das sofortige Einsetzen des rücksichtslosen Tauchbootkrieges gerichteten, zu einer Petition an den sächsischen Landtag gesteigerten Umtriebe zurück. Es heißt: „Zu dieser Agitation schweigen, heißt sie begünstigen. Sie ist geeignet, trügerische Hoffnungen zu wecken, das Vertrauen in die Reichs- und Kriegsleitung, die uns von Sieg zu Sieg geführt hat, zu erschüttern, dem Volk und unseren heldenhaften Truppen die Freude an unseren gewaltigen Erfolgen zu vergällen, die Einigkeit, Opferwilligkeit, Siegeszuversicht zu schwächen, den Feind zu stärken, uns neue Feinde zu erwecken." „Vertrauensvolles, unerschütterliches, einmütiges Durchhalten bis zum siegreichen Ende soll auch fernerhin des deutschen Volkes Losung sein."

Jener Petition ward im Landtag ein stilles Begräbnis. Zu einer Beratung ist sie nicht gelangt. Die mit ihr befaßte „Deputation" der II. Kammer hat ihr keine Folge gegeben. Die Regierung aber erklärte, daß, abgesehen von der ange-

zweifelten formellen Zulässigkeit der Petition, die Beschwerdeführer Rechte für sich in Anspruch nähmen, die ihnen die Verfassung nicht erteile. Sie hätten sich aus privaten Unterlagen über die Politik des Kanzlers und über die Stellung des zuständigen sächsischen Ministeriums eine Meinung gebildet, die sie zu einer scharfen Mißbilligung des Reichskanzlers und des sächsischen Ministeriums des Auswärtigen verwerteten, und wollten anregen, daß sich die Ständeversammlung ihrer Auffassung anschließe. Dazu könne die Regierung die Hand nicht bieten. Denn sie könne einem beliebigen Kreise von Privatpersonen das Recht nicht zuerkennen, ein öffentliches Richteramt auszuüben und die Regierung in den Anklagezustand zu versetzen.

Man könnte folgern, daß hiermit die Kundgebung vom 11. Oktober ihre Bedeutung für die Gegenwart verloren habe. Und das um so mehr, als der erstrebte rücksichtslose Unterseebootskrieg und seine Folge, der Krieg mit Amerika, Tatsache sind. Wenn ich des unerachtet mich zur Veröffentlichung entschließe, so ist dafür entscheidend: jene Petition war nicht nur ein lokales Erzeugnis, sondern einer der vielen Vorstöße aus weitverzweigter, planmäßiger Bewegung, und diese ruht nicht, trotz mißbilligender Haltung des Reichstags und rücksichtslosem U-Bootkrieg; sie wird, obschon sie unsere Kraft und Einigkeit gefährdet, mit aller Energie fortgesetzt. Angesichts dessen ist die Kundgebung vom 11. Oktober 1916 auch heute nicht bedeutungslos.

In meiner Rede habe ich betonen dürfen, daß oberste Reichsleitung und Heeresleitung im vollsten Einverständnis handeln in allen großen, die Führung des Kriegs betreffenden Fragen, insbesondere in der U-Bootfrage, daß man der schärfsten Anwendung dieser Waffe nicht entsagt habe und nicht

entsagen werde. Damals schon hatte der Kanzler sich hierüber wiederholt, im März und Mai, und dann im Dezember des vorigen Jahres im Hauptausschuß des Reichstags ausgesprochen. Darauf Bezug nehmend erklärte er — nach Zeitungsberichten — am 31. Januar 1917 vor diesem Gremium: „Ich habe jedesmal den Herren in eingehender Darlegung das Für und Wider der Frage des U-Bootkrieges vorgetragen. Ich habe auch nachdrücklich darauf hingewiesen, daß ich jedesmal pro tempore sprach, nicht als grundsätzlicher Gegner oder grundsätzlicher Anhänger der U-Boote, sondern in Erwägung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gesamtsituation; immer von der Prüfung der Frage ausgehend: bringt uns der uneingeschränkte U-Bootkrieg dem siegreichen Frieden näher oder nicht? Jedes Mittel — sagte ich im März — das den Krieg abzukürzen geeignet ist, ist das allerhumanste. Auch das rücksichtsloseste Mittel, das uns zum Siege und zum schnellsten Siege führt — sagte ich damals — muß angewendet werden. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen. Im vorigen Herbst war die Zeit noch nicht reif, aber heute ist der Augenblick gekommen, wo wir mit der größten Aussicht auf Erfolg das Unternehmen wagen können. Einen späteren Augenblick dürfen wir also nicht abwarten. — Was hat sich geändert? Zunächst das Wichtigste. Die Zahl unserer U-Boote hat sich gegen das vorige Frühjahr sehr wesentlich erhöht. Damit ist eine feste Grundlage für den Erfolg geschaffen. Dann der zweite mitausschlaggebende Punkt: die schlechte Weltgetreideernte. Sie stellt schon jetzt England, Frankreich und Italien vor ernste Schwierigkeiten und wir haben die feste Hoffnung, diese Schwierigkeiten durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg zur Unerträglichkeit zu steigern. Auch die Kohlenfrage ist im Kriege eine Lebensfrage. Sie ist schon jetzt, wie Sie wissen,

in Frankreich und Italien kritisch. Unsere U-Boote werden sie noch kritischer machen. Hinzukommt namentlich für England die Zufuhr von Erzen für die Munitionsfabrikation im weitesten Sinn und von Holz für den Kohlenbergbau. Noch gesteigert werden die Schwierigkeiten unserer Feinde auf diesen Gebieten durch die Zunahme der feindlichen Frachtraumnot. Hier hat die Zeit und der Kreuzerkrieg der U-Boote dem entscheidenden Schlag vorgearbeitet. — Dürfen wir so jetzt die positiven Vorteile des uneingeschränkten U-Bootkrieges sehr viel höher einschätzen, als im vorigen Jahr, so sind gleichzeitig die Gefahren, die uns aus dem U-Bootkrieg erwachsen, seit jener Zeit gesunken." Nach eingehender Erörterung der allgemeinen politischen Lage fuhr der Reichskanzler fort: „Der Feldmarschall Hindenburg hat mit vor wenigen Tagen die Lage wie folgt bezeichnet: ‚Unsere Front steht auf allen Seiten fest. Wir haben überall die nötigen Reserven. Die Stimmung der Truppen ist gut und zuversichtlich. Die militärische Gesamtlage läßt es zu, alle Folgen auf uns zu nehmen, die der uneingeschränkte U-Bootkrieg nach sich ziehen könnte, und weil dieser U-Bootkrieg unter allen Umständen ein Mittel ist, um unsere Feinde aufs schwerste zu schädigen, muß er begonnen werden.' Admiralstab und Hochseeflotte sind der festen Überzeugung, einer Überzeugung, die in den Erfahrungen des U-Bootkreuzerkrieges ihre praktische Stütze findet, daß England durch die Waffen zum Frieden gebracht werden wird." Nachdem der Kanzler noch die Zustimmung und aktive Mitwirkung unserer Verbündeten betont und hervorgehoben hatte, daß, wie schon im Jahre 1915, Amerika der gesicherte Personenverkehr mit bestimmten englischen Häfen laut der von ihm vorgetragenen Note angeboten werde, kam er zum Schluß: „Wenn wir uns jetzt zur Anwendung unserer besten und schärf-

sten Waffe entschlossen haben, so leitet uns nichts, als der feste Wille, unserem Volke herauszuhelfen aus der Not und Schmach, die ihm unsere Feinde zudenken. Der Erfolg steht in höherer Hand. Was Menschenkraft vermag, um ihn für unser Vaterland zu erzwingen, seien Sie sicher, meine Herren, nichts dazu ist versäumt, alles dazu wird geschehen."

Daß die Reichsregierung bei diesem Schritt der Feindseligkeit Amerikas gewärtig war, ist ebenso gewiß[1]), wie daß nicht nur militärische, sondern auch gewichtige politische Gründe ihm früher entgegenstanden. — Unsere Lage auf dem Balkan war jetzt völlig gesichert, unsere Rüstung so stark, daß auch im

1) Hierzu die Worte des Reichskanzlers im Reichstag vom 29. März 1917: „In den nächsten Tagen versammeln sich die Vertreter des amerikanischen Volkes, die vom Präsidenten Wilson zu einer außerordentlichen Sitzung des Kongresses zusammengerufen sind, um über die Fragen von Krieg und Frieden zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volke zu entscheiden. Deutschland hat niemals die geringste Absicht gehabt, Amerika anzugreifen und hat diese Absicht noch heute nicht. Es hat niemals den Krieg mit Amerika gewollt, ebensowenig wie es das heute will. Aber wie ist denn der Hergang gewesen? Wir haben den Vereinigten Staaten mehr als einmal gesagt, daß wir auf die unbeschränkte Anwendung der U-Bootwaffe in der Erwartung verzichteten, daß England dazu gebracht werden würde, bei seiner Blockadepolitik die Gesetze der Menschlichkeit und die internationalen Abmachungen zu beobachten. Diese englische Blockade, daran möchte ich ausdrücklich erinnern, ist vom Präsidenten Wilson und vom Staatssekretär Lansing selbst als ungesetzlich und als nicht zu verteidigen bezeichnet worden (hört, hört). Unsere Erwartungen, die wir acht Monate aufrecht erhielten, wurden bekanntlich allmählich schmählich enttäuscht. England hat seine ungesetzliche und nicht zu verteidigende Blockadepolitik nicht nur nicht aufgegeben, sondern andauernd verschärft. Es hat in Gemeinschaft mit seinen Verbündeten unser Friedensangebot hochmütig abgelehnt und Kriegsziele proklamiert, die auf unsere und unserer Verbündeten Vernichtung hinauslaufen. Da haben wir zum unbeschränkten U-Bootkrieg gegriffen und zu ihm greifen müssen. Sieht das amerikanische Volk hierin einen Grund, dem deutschen Volk, mit dem es über 100 Jahre in Frieden gelebt hat, den Krieg zu erklären, und will dadurch das Blutvergießen verlängern, wir sind es nicht, die die Verantwortung dafür tragen. Das deutsche Volk, das gegenüber Amerika weder Haß noch Feindschaft empfindet, wird auch dies zu ertragen und zu überwinden wissen."

Falle kriegerischer Intervention der Union mit gutem Erfolg und der fortdauernden Neutralität der europäischen Staaten gerechnet werden konnte. Aber das Wühlen, Verdächtigen, Beunruhigen hörte nicht auf.

Endlich! rief man, endlich ist es gelungen, den Kunktator zu dem längst notwendigen Entschluß zu bringen. Und wird er auch fest bleiben? Haben wir wirklich auf „uneingeschränkten" U-Bootkrieg zu hoffen? — Und was hat man nicht Übles zu gewärtigen, wenn es drauf und dran kommt, beim Friedensschluß die Früchte des Krieges zu ernten? Welche gefährlichen, die bisherige Staatsordnung bei „Neuorientierung" erschütternde Dinge sind nach dem Frieden in Sicht?

Es ist eine seltsame Mischung von „Ausschüssen", „Verbänden", Parteiungen und Interessen nach wie vor in der Kanzlerfronde tätig. Dabei begegnen uns vielfach dieselben Personen in verschiedenen Rollen.

Am 27. Januar 1917, als bereits der rücksichtslose U-Bootkrieg beschlossen, wenn auch noch nicht verkündet war und es darüber an Informationen nicht fehlen konnte, erließ der Alldeutsche Verband ein Manifest, das die alten Vorwürfe gegen die Reichsregierung, die ich in meiner Rede vom 11. Oktober 1916 zurückweisen mußte, wiederholt, der Reichsleitung das Mißtrauen votiert und die Überzeugung ausspricht, „daß das Vaterland mit seinen wesentlichen Einrichtungen unheilbar schwer geschädigt werden muß, wenn die Reichsgeschäfte ihren jetzigen Leitern überlassen bleiben. Die fortgesetzten Fehlgriffe und Mißerfolge der deutschen auswärtigen Politik vor dem Kriege, das Verhalten der verantwortlichen Reichsleiter bei Ausbruch des Krieges und ihre Gesamtpolitik während des Daseinskampfes des deutschen Volkes — all diese der Geschichte angehörigen Tatsachen führen uns zu der Erkenntnis,

daß ungeachtet aller Opfer an Gut und Blut, und allen militärischen Erfolgen zum Trotz, der Krieg für unser Volk politisch verloren gehen muß, wenn die für die bisherige Politik Verantwortlichen länger im Amte belassen werden." Das begründet man mit der Verfassungsänderung in Elsaß-Lothringen, der „unseligen Marokko-Politik", die wesentlich vor dem Amtsantritt der jetzigen „Verantwortlichen" liegt, und den ollen Kamellen, von denen ich am 11. Oktober sprechen mußte. Nach der Forderung des rücksichtslosen Waffengebrauchs und der Weisung von Kriegszielen, von denen niemand behaupten könnte, daß der Kanzler sie ablehne, schließt das Manifest mit der Aufforderung zur öffentlichen Agitation für den Sturz „einer Reichsleitung, die sich schlechthin auf allen Gebieten als unfähig erwiesen hat, unser Volk zu führen". In den Alldeutschen Blättern, die das Manifest bringen, war bereits vor längerer Zeit der Welt verkündet: „Diesen Kampf können wir nicht gewinnen, wenn wir von Männern geführt werden, die im Herzen schon besiegt sind, die heimlich dem Baal-Mammon der Feinde opfern und ihn mehr fürchten, als unsern Gott!"

Würdig reiht sich die viel verbreitete Verdächtigung des Kanzlers als Gefolgsmann der Sozialdemokratie an, für die einen neuen Beleg bildet „Die Wirklichkeit, Deutsche Zeitschrift für Ordnung und Recht", deren Nummer des 22. März S. 10 schreibt, daß der wirkliche Kanzler des Deutschen Reiches — Herr Scheidemann sei, „nicht sein bürokratischer Vertreter, Herr von Bethmann Hollweg".

Das Bemühen, Mißtrauen und Zwiespalt zwischen Reichs- und Heeresleitung zu säen, wurde eifrig gepflegt.

Wohl gab am 18. Oktober 1916 der Reichstagsabgeordnete Schiffer vor großer öffentlicher Versammlung in Magde-

burg einen Brief des Generals Ludendorff bekannt, in dem dieser sagt, „daß es gewaltiger Leistungen bedarf, um die Hoffnungen zuschanden werden zu lassen, die unsere Gegner mit ihren gleichzeitigen außerordentlichen Kraftanstrengungen auf allen Fronten verbinden, läßt sich nicht bestreiten. Aber wir werden es schaffen, wenn das deutsche Volk in Einigkeit und Vertrauen hinter uns steht und sich und das Heer nicht zermürbt in Streitigkeiten über die Zweckmäßigkeit der Mittel und Wege zum Erfolge. Wenn in gewissen Fragen dem Fernerstehenden ein Programm zu fehlen scheint, so ist damit nicht erwiesen, daß es wirklich fehlt. Ich bitte, Euer Hochwohlgeboren, nicht müde zu werden, indem Sie zu Einigkeit und Zuversicht mahnen." — Alles erfolglos. Es genügt, an die famose sogenannte Adlonkonferenz vom 25. Februar dieses Jahres zu erinnern, um zu erkennen, daß die Kanzlerfronde an der Arbeit ist. Die Einladenden, unter denen wir die Namen Graf Hoensbroech, Kirdorf, Körting, von Knorr wiederfinden, beabsichtigten zum Sturze des Reichskanzlers und der Ernennung Hindenburgs zu seinem Nachfolger Eingaben an den Reichstag, Volksversammlungen, ja eine öffentlich auszulegende Vorstellung an den Kaiser. Nach unwidersprochen gebliebener Mitteilung sollte sie „zum Heil des in seinem Bestand bedrohten Vaterlandes" die Entlassung des Kanzlers erbitten. Im Programm wird entwickelt, mit einer geradezu verhängnisvollen Verblendung habe Bethmann Hollweg sich den Haß der besten königstreuen Kreise zugezogen und sich diese Kreise entfremdet. Die Zukunft unseres Volkes und seiner Fürstendynastien fordere, den Gegensatz: entweder Hindenburg oder Bethmann herbeizuführen; dann wäre Bethmanns Beseitigung gesichert.

Wir kennen das Ende der Adlonkonferenz. Wird es das

Ende dieses der Einigkeit und Widerstandskraft Deutschlands abträglichen Treibens sein? — Ich enthalte mich jedes Wortes darüber, in welchem Maße die innerpolitischen Gegensätze ihm Nahrung geben. Aber ich kann eine allgemeine Bemerkung über sie, zumal sie brennend geworden sind, nicht unterdrücken. „So ein Reich mit sich selbst untereinander uneins wird, mag es nicht bestehen, und so ein Haus mit sich selbst untereinander uneins wird, mag es nicht bestehen." Wie wollen wir der Feinde mächtig werden, wenn wir nicht einig bleiben? Das Wort vom Burgfrieden war gut; denn der Kriegsausbruch konnte die inneren Gegensätze nicht auslöschen; aber er sollte sie bannen, sie über die ungeheure, höchste Aufgabe der Errettung des Vaterlandes, der Nation und unserer Kultur ganz zurücktreten und schweigen lassen. Und das sollten wir jetzt, wo die Gefahr vielleicht ihren Höhepunkt erreicht hat, vergessen wollen? — Und mehr! Dieser ungeheure Kampf, in dem ein jeder sein alles für die gemeinsamen höchsten Güter einsetzt, sollte er nicht die Selbstlosigkeit und Brüderlichkeit in allen Bevölkerungsklassen und auch die Erkenntnis notwendiger Fortbildung zu einer Kraft gesteigert haben, vor der schädliches Sonderinteresse und veraltete hemmende Einrichtungen schwinden müssen? Ja, diese Kraft ist da und mächtig. Vom leitenden Staatsmann ist sie wohlverstanden. Des Kaisers Osterbotschaft bürgt uns dafür, daß Deutschlands Kraft sich auch in der Entwickelung unseres inneren Leben bewähren wird. Das deutsche Volk „wird in einmütigem ingrimmigem Ausharren diese blutige Zeit überstehen", und das Vertrauen rechtfertigen, das der Kaiser bei der „Erneuerung wichtiger Teile unseres festgefügten und sturmerprobten Staatswesens einem treuen, tapferen, tüchtigen und hochentwickelten Volke entgegenbringt".

Wie ist das Kriegsbild? Ein Schauspiel ohnegleichen. Ganz Europa in Flammen. Im Herzen des Weltteils die Zentralmächte, der mitteleuropäische Block, weit vorgedrungen in Feindesland, umlagert und umstürmt von der unermeßlichen Übermacht der feindlichen Nationen: England, Belgien, Frankreich, Italien, Portugal, Rußland, Serbien, Montenegro, Rumänien, Japan gegen uns mit ihren Trabanten: Kanada, Australien, Englisch- und Französisch-Afrika, Englisch- und Französisch-Indien, in Summa weit über 800 Millionen Feinde, zur Unterstützung die neutrale nordamerikanische Union, der hilfstüchtige Lieferant von Geld- und Kriegsmitteln. Das Kriegsziel unserer Feinde, darüber ist kein Zweifel möglich, ist die Vernichtung Deutschlands; es wäre ausgelöscht, es würde zur Wüste, könnte der Feind unser Heimatland unter seine Füße treten.

Und wie steht es nach 26 Monate währendem Ringen? Unser siegreiches Heer und unsere stolze Flotte halten mit den treuen Bundesgenossen diese Welt von Feinden im Schach. Drei Königreiche liegen zerschmettert am Boden, das vierte, das ränkesüchtige, leichenräuberische Rumänien, wird ihnen hoffentlich bald folgen. Über weiten Länderstrecken Rußlands und Frankreichs wehen unsere Fahnen; unsere tapfere Marine trotzt der englischen Übermacht, die sich die Rolle von Winston Churchills Ratten erkoren hat und sich sorgsam im Verborgenen hält. Unsere Tauchboote kreuzen die Meere und sind der

Schrecken der Feinde; wir jubeln laut ihren neuen glorreichen Erfolgen zu. Unsere Luftschiffe senden heilsame Grüße auf den Boden des unnahbaren Albion. Der Kampf auf dem Kontinent hat allem Anschein nach seinen Höhepunkt erreicht. In unerhörtem Ansturm der feindlichen Millionenheere stehen die Unseren ohne Wanken und Weichen im Osten und im Westen. Und wenn hier in der vierteljährigen Sommeschlacht die englischen und französischen Millionenheere mit der brutalen Gewalt von Tausenden von Geschützen unsere Front ein paar deutsche Meilen zurückgebogen haben: was will das sagen! Wir halten stand, durch kommen sie nicht. Inzwischen schlagen wir die Russen und werfen in bewunderungswürdiger Offensive die Rumänen nieder.

So ist das Kriegsbild, so können wir, bewahrt vor Feindesgewalt, hinter der Front emsige Friedensarbeit leisten und unsere Heere stützen, den Aushungerungskrieg mit seinen unvermeidlichen Schrecken und Entbehrungen bestehen und immer erneut durch Milliarden über Milliarden das Vaterland vor der Vernichtung schützen.

Das alles danken wir Deutschlands heldenhaften Söhnen, die für uns ihr Leben dahingegeben, ihr Blut vergossen haben und wehrhaft gegen den Feind stehen. Wir danken es unserer Reichs- und Heeresleitung, der Festigkeit des Reiches in geeinter Volkskraft, der hingebenden Vaterlandsliebe, der kein Opfer zu groß ist, vor der alle Gegensätze schweigen, deren Grundton bleibt das „Deutschland, Deutschland über alles".

Und doch, es ist nicht überall so, wie es sein sollte.

Seit einiger Zeit Wetterleuchten und immer lauter vernehmbares Grollen, drohende Entladung. Der edle Burgfrieden und die heilige Einigkeit sind manchem nicht mehr genehm. Der alte Parteihader, die Selbstsucht der Parteien, der

Kritizismus und der Dogmatismus leben auf. Man spricht nicht gerne laut davon, schon um unserer Feinde willen. Aber die Spatzen pfeifen es von den Dächern. Man kann die Gefahr nicht bannen durch Verschweigen. Mich dünkt, wir haben schon zu lange geschwiegen. Wir stehen vor der Tatsache, daß nach langer planmäßiger Wühlarbeit die Agitation gegen die Reichsleitung offen auf den Plan tritt. Hat sie sich doch verdichtet zu einer Petition an den Sächsischen Landtag, die durch die ganze Presse geht und die auf nichts weniger abzielt, als die Bundesstaaten gegen die Reichsregierung zu alarmieren. Die Petition ist bei der Zweiten Kammer eingegangen und noch nicht ausgegeben, also mir als Mitglied der Stände amtlich noch nicht bekannt, aber sie ist in zwei Spalten langen Mitteilungen der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, die den Antrag und einen Auszug aus der Begründung bringen, publiziert. Das ist unwidersprochen geblieben und von mir selbst nachgeprüft. Ich darf daher diese Publikation als zuverlässig benutzen. Ich verlese den Antrag:

„Die hohen Ständekammern wollen eine gemeinsame Deputation berufen und den Herrn Minister des Auswärtigen ersuchen, vor dieser Deputation die Gründe zu entwickeln, aus denen heraus die sächsische Staatsregierung der Politik des Herrn Reichskanzlers zustimmt. Alle Parteien der Zweiten Kammer haben am 5. April erklärt, daß der Sächsische Landtag ein Recht auf solche Auskunftserteilung hat. Die hohen Ständekammern wollen ferner der Staatsregierung erklären, daß sie die bisherige auswärtige Politik des Reichskanzlers als den Interessen des Reiches schädlich erachten, und wollen die Regierung auffordern, allen ihren verfassungsmäßigen Einfluß im Bundesrate, darüber hinaus aber auch ihren auf langjährige Freundschaft und Bündnisse gegründeten Ein-

fluß bei den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten aufbieten, um unverzüglich sowohl die rücksichtsloseste Durchführung des Unterseeboot- und Luftschiffkrieges gegen England zu beginnen, als auch die Beschränkung der Zensur auf militärische Belänge unter Einhaltung des Burgfriedens und Erhaltung des Siegeswillens zu erreichen. Die hohen Ständekammern wollen ferner Seiner Majestät dem König in einer ständigen Schrift Kenntnis von ihrer Überzeugung und von ihren Verhandlungen über diesen Gegenstand geben."

Die Unterzeichner sind in der Öffentlichkeit nur zum Teil bekannt; unter ihnen befindet sich der Generalsekretär des konservativen Landesvereins und der konservative Reichstagskandidat des Borna-Oschatz-Wurzner Wahlkreises Dr. Wildgrube, der zur Verherrlichung des Burgfriedens mit seinem sozialdemokratischen Gegenkandidaten demnächst um die Palme ringen wird. Die anfänglich verbreitete Nachricht, daß die Mitglieder der nationalliberalen und konservativen Fraktion der Zweiten Kammer unterzeichnet hätten, ist selbstverständlich unrichtig.

Wie ist es soweit gekommen?

Seit langer Zeit arbeiten gewisse Kreise, sie nennen sich bescheidenerweise „die Besten", eifrig am Sturze des Kanzlers. Die ursprüngliche Form war vertrauliche Verbreitung anonymer und pseudonymer Schriften. Dann folgten solche, deren Autoren sich nannten. Ich erinnere an den früheren General-Landschaftsdirektor Kapp und das Schreiben der Herren Graf Hoensbroech, Kirdorf, Knorr, Körting und Häckel. Eines der schärfsten Pamphlete, das unter dem Pseudonym Junius-Alter, wurde in vielen tausend Exemplaren vertraulich verbreitet. Konventikel wurden gegründet, Ausschüsse entstanden unter verschiedenen Titeln, als „Unabhängiger Ausschuß", „Volksausschüsse", die eifrig warben. Die Dinge kamen ans Tages-

licht, gelangten in die Presse, soweit es die Zensur gestattete, wurden im Reichstag durch des Kanzlers Abwehr gegen Kapp im Juni d. J. berührt und zogen immer weitere Kreise. Man versuchte Bundesfürsten zu gewinnen, und jetzt benutzt man das Petitionsrecht zum offenen rücksichtslosen Angriffe gegen den leitenden Staatsmann. Bundesstaaten sollen gegen das Reich mobil gemacht werden.

Es muß dahingestellt bleiben, in welchem Maße innerpolitische Motive mitsprechen. Dem nachzuforschen, ist nicht förderlich. Ich halte mich lediglich an die Streit- und Angriffspunkte der auswärtigen Reichspolitik. Ich lasse auch hier alle die heftigen, vielfach grund- und bedeutungslosen Angriffe gegen den Reichskanzler beiseite, soweit sie retrospektiv sind und aus der Politik vor dem Kriege seine Unfähigkeit erweisen wollen. Derartiges findet sich des langen und breiten in dem Junius-Alter-Pamphlet, in anderen Schriften und in der Petition. Das sind olle Kamellen. Ich erwähne nur einiges; man macht dem Kanzler ein Verbrechen daraus, daß er sich vergeblich bemüht hat, den Eintritt Englands in den Krieg zu verhindern. Man sieht darin Mangel an staatsmännischer Einsicht und betont heftig das Gerede über seine letzte Besprechung mit dem englischen Botschafter, der die Kriegserklärung überbrachte; diesen angeblichen Zusammenbruch seiner Politik. Wie würden wir den Staatsmann beurteilen, der angesichts des furchtbaren europäischen Kriegs nicht auch den letzten Versuch gemacht hätte, jenen Eintritt Englands zu vermeiden? Weiß man denn nicht, daß bis zum letzten Augenblicke englische Minister an ihm gezweifelt haben und zufolge der Kriegserklärung aus dem Kabinett ausgeschieden sind? Und was soll das Geklätsch über jene Besprechung? Auch erklärt man es für einen Fehler schwerster Art, daß der

Kanzler im Reichstage in jener denkwürdigen Sitzung nach dem Kriegsausbruch unsere Verletzung der belgischen Neutralität eingeräumt hat. Heute weiß man, wie es mit jener Neutralität beschaffen war. Das ist alles abgestimmt auf die alte Lebenserfahrung, daß man klüger ist, wenn man vom Rathaus kommt, als zuvor. Ich begnüge mich, zur Kennzeichnung solcher Angriffe die schulmäßige Zensur zu verlesen, die die Herren Graf Hoensbroech und Genossen dem Kanzler erteilen:

a) Herr von Bethmann Hollweg hat sich vor und während des Kriegs gänzlich unfähig erwiesen, das politische Ansehen des Deutschen Reichs zu wahren und die militärischen Erfolge unseres glorreichen Heeres wirksam auszunutzen.

b) Vor dem Kriege hat der Reichskanzler eine Politik der schwächlichen Nachgiebigkeit gegen alle unsere Feinde, vor allen gegen England befolgt und dadurch bei den Feinden den Glauben erweckt, Deutschland ließe sich eher alles bieten, als daß es zum Schwerte griffe. Es erscheine also weder innerlich fest, noch äußerlich stark genug, sein Recht auf weltwirtschaftliche Entwicklung geltend zu machen.

c) Herr von Bethmann Hollweg selbst hat dem britischen Botschafter Goschen gegenüber am Tage der englischen Kriegserklärung erklärt, seine Politik der Verständigung mit England sei zusammengebrochen. Ein Mann, der eine so falsche Politik jahrelang betrieben hat, eine Politik, die statt zur Verständigung zum Weltkrieg geführt hat, ist unfähig, weiterhin an der leitenden Stelle zu stehen. Er selbst hätte damals die Folgerungen für sich ziehen müssen aus dem Zusammenbruche seiner Politik, er hätte seinen Abschied nehmen müssen. In Verblendung über sich selbst hat er es nicht getan; der Reichstag ist dafür da, ihm öffentlich den Spiegel vorzuhalten.

d) Während des Krieges hat Herr von Bethmann Holl-

weg Fehler auf Fehler schwerster Art begangen, er hat das maßlos verderbliche Wort gesprochen vom „Unrecht", das wir gegen Belgien durch „Neutralitätsverletzung" begangen haben; ein Wort, so unwahr an sich und so abträglich für Deutschland, daß es nur von lügnerischem Feindesmunde hätte stammen dürfen; er hat trotz großer Siege unserer Heere seine jammervolle Friedenspolitik der Schwächlichkeit zum großen Schaden derselben fortgesetzt.

e) Herr von Bethmann-Hollweg hat weder vor noch während des Krieges gewußt, wie die Dinge eigentlich standen."

Nur die Herren Schreiber wissen es, und sie fahren fort: „Wer soll Bethmanns Nachfolger werden? Das ist zunächst Sache des Kaisers. Aber ein Name drängt sich auf, zumal im Hinblick auf England, ‚Tirpitz'." Und das wagen die Herren zahlreichen Abgeordneten zur Belehrung zu senden. Solche Behauptungen wagen sie angesichts der glücklichen Beilegung des amerikanischen Konfliktes, die unseren Feinden die schwerste Enttäuschung bereitete, trotz der ausgezeichneten Erfolge auf dem Balkan, trotz Rumänien. Und weshalb drängt sich den Herren der Name „Tirpitz" auf? Mit diesem Namen verquickt sich der eine große Streitpunkt, die Verwertung der Tauchbootwaffe. Zu ihm kommt ein anderer, die Frage der Kriegsziele.

Der Kanzler hat sich in dieser Frage der Kriegsziele, von einigen nicht genauer umschriebenen Äußerungen abgesehen, nicht auf Einzelheiten eingelassen. Das macht man ihm zum Vorwurf. Man fordert ein Friedensprogramm und schlußfolgert aus seiner Zurückhaltung Unklarheit über das, was uns not tut. Die Ansichten sind darüber bekanntlich sehr geteilt. Annexionisten, Pazifisten und andere streiten miteinander. Man mag der Verhandlung über die Friedensziele die

Bahn freigeben. Ich halte das für nützlich. Nur fordere man vom leitenden Staatsmann nicht, daß er sich auf ein festes Programm festnagele. Noch stehen wir inmitten des Krieges. Der Friede ist fern. Gewiß, wir wollen und werden siegen. Aber dürfen wir hoffen, daß wir unsere Feinde auf Gnade und Ungnade so auf die Knie zwingen werden, daß wir den Frieden nach unserer Willkür werden diktieren können? Das Friedensproblem ist unendlich schwierig, wenn auch das eine, das große Ziel für uns feststeht, Deutschland frei, groß und mächtig aus dem Kampfe hervorgehen zu lassen. Es handelt sich nicht nur um den deutschen Frieden, sondern auch um den unserer Bundesgenossen, um einen Frieden, der die Gewähr der Dauer in sich trägt, der den Ring unserer Feinde endgültig zersprengt, und die größtmögliche Kriegsentschädigung bringt, uns den Weltmarkt wieder erschließt, die Freiheit der Meere herstellt und mit der Meerestyrannei Englands endgültig aufräumt. Dieses Friedensproblem löst man nicht mit einer Befreiung fremder Völker, etwa der Polen, oder mit Siedelungsplänen, oder der Annexion des einen oder des anderen Landstrichs, oder dem Schaffen eines halb suveränen Belgien. Und da sollte der Kanzler jetzt mit festem Friedensprogramm herausrücken, das Deutschland später vielleicht zur schweren Fessel würde! Geduld, die Zeit, das Friedensproblem zu lösen, wird kommen. Deutschland hat sich nichts vergeben und wird sich nichts vergeben; der Friedenspreis muß unserer Opfer und Erfolge wert sein. Dieser Punkt ist denn auch wahrhaft nicht die Wurzel des Übels. Soweit nicht die innerpolitische Haltung des Kanzlers den tiefsten Grund der Feindschaft gegen ihn bildet, ist es seine Tauchbootpolitik.

Sie erinneren sich des schweren, durch den rücksichtslosen Unterseebootkrieg hervorgerufenen Konflikts mit Amerika, der

im Frühjahr dieses Jahres durch eine deutsche Note beigelegt wurde. Diese Form des Unterseebootskriegs ist das ausnahmslose Versenken aller England ansteuernden Seeschiffe ohne Unterschied zwischen feindlichen und neutralen und ohne vorgängige Warnung und Rettung von Menschenleben. Die Note wahrt das Recht und die Würde Deutschlands, sie hält Amerika rücksichtslos und entschieden sein neutralwidriges Verhalten vor, seine Begünstigung Englands durch Lieferung von Kriegsmitteln, sein Messen mit verschiedenem Maße, sie motiviert offen unser Zugeständnis mit der Gewissenspflicht, einen unheilvollen Krieg mit der Union durch eine Einschränkung der Tauchbootangriffe zu vermeiden. Die deutschen Seestreitkräfte werden angewiesen, „auch innerhalb des Seekriegsgebietes Kauffahrteischiffe nicht ohne Warnung und Rettung von Menschenleben zu versenken, es sei denn, daß sie fliehen oder Widerstand leisten". Es heißt zum Schluß: „Die deutsche Regierung geht demgemäß von der Erwartung aus, daß ihre neue Weisung an die Seestreitkräfte auch in den Augen der Regierung der Vereinigten Staaten jedes Hindernis für die Verwirklichung der in der Note vom 23. Juli 1915 angebotenen Zusammenarbeit zu der noch während des Kriegs zu bewirkenden Wiederherstellung der Freiheit der Meere aus dem Wege räumt, und sie zweifelt nicht daran, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nunmehr bei der großbritannischen Regierung die alsbaldige Beobachtung derjenigen völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck verlangen und durchsetzen wird, die vor dem Kriege allgemein anerkannt waren und die insbesondere in den Noten der amerikanischen Regierung an die britische Regierung vom 28. Dezember 1914 und 5. November 1915 dargelegt sind. Sollten die Schritte der Regierung der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewollten Erfolge

führen, den Gesetzen der Menschlichkeit bei allen kriegführenden Nationen Geltung zu verschaffen, so würde die deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenübersehen, für die sie sich die volle Freiheit der Entschließungen vorbehalten muß."

Damit war der Bruch mit Amerika vermieden und grundsätzlich kein Verzicht auf die volle Schärfe des Tauchbootkriegs ausgesprochen. Aber Staatssekretär Tirpitz nahm seine Entlassung.

Nun setzte das Treiben gegen den Kanzler unter der Forderung des sofortigen rücksichtslosen U-Bootkriegs mit immer steigender Heftigkeit ein, als dessen Höhepunkt man die sächsische Petition bezeichnen darf. Man spricht vom Verzicht auf den Sieg gegenüber England. Bei dieser Politik sei, so sagt die Petition, die zugleich die ungenügende Verwertung der Zeppeline rügt, der wahre Grund die Illusion des Kanzlers von einer Verständigung mit England, seine gewaltige Verkennung der finanziellen Hilfsmittel Englands und die Unkenntnis darüber, daß Amerika heute schon unsere Feinde nach allen Kräften mit Geld unterstütze. Das habe dazu geführt, die Waffen nicht zu gebrauchen, durch die wir England zu Boden werfen könnten. Die Petition betont die Pflicht schnellster Niederwerfung des Feindes mit möglichst geringen Opfern, ein Ziel, „das unserer Reichsleitung fernliege". Sie droht mit der „tiefgehenden Unzufriedenheit" und „Empörung" des geduldigen Volkes, von dem man Opfer über Opfer verlange; sie scheut sich nicht, die mangelhafte Organisation der Lebensmittelversorgung und unzulängliche Verfolgung des Wuchers damit zu verquicken. Sie stellt die Erschütterung des monarchischen Bewußtseins unseres Volkes in Aussicht, das noch nie solcher Belastungsprobe ausgesetzt gewesen sei wie heute. Dem setzt sie die Krone auf, indem sie

in ihrem Antrage den Bundesstaat gegen die Reichsregierung zu alarmieren sucht. So pflegt man die Einigkeit und die Reichseinheit, so würdigt man die hingebende Vaterlandsliebe des Volkes, so stärkt man die Siegeszuversicht, Opferwilligkeit und Widerstandskraft; so stützt man die Kräfte und das Zutrauen unserer Heere, so dankt man ihnen ihre Heldentaten! — Und so täuscht man, gewiß in bester Absicht, das Volk. Ja, man täuscht es, denn man zeigt ihm den nahen Sieg über England und das alsbaldige Kriegsende durch die Tauch- und Luftbootwaffe ohne jede Gewähr. Das von England, überhaupt von unseren Feinden, lange heißersehnte Eintreten der Union in den Krieg wäre in Sicht, der Union mit ihren 100 Millionen Einwohnern und ihren unerschöpflichen Hilfsquellen. Das bedeutet etwas ganz anderes, als die Gewährung von Darlehen und die Lieferung von Munition an den bisherigen Feind. Der Krieg würde durch diesen neuen Feind voraussichtlich unabsehbar verlängert. Daß man von der Union aus nach England Truppen, freiwillige, später vielleicht dienstpflichtige, landen kann, wird man vielleicht schon nach den Erfahrungen mit Kanada und Indien ahnen. Einmal entflammt, ist der amerikanische Patriotismus und Fanatismus unberechenbar leistungsfähig. Das beweist die Geschichte; ich erinnere an den Sezessionskrieg. Wir können Amerika nicht an den Leib, das weiß jeder. Ein Wirtschaftskrieg mit diesem Lande wäre von unabsehbaren Folgen. Und da behandelt man es als bedeutungslose Größe.

Daher kann für den rücksichtslosen, von keinerlei sonstigen Erwägungen abhängigen U-Bootkrieg nicht schon entscheiden die Tatsache der technisch gesteigerten Leistungsfähigkeit unserer Tauchbootflotte. Sie soll in keiner Weise angezweifelt werden. Es haben militärische, politische und wirtschaftliche Fak-

toren entscheidend mitzusprechen. Der verantwortliche leitende Staatsmann hat sie zu würdigen. Das ist, soweit sich erkennen läßt, sein fester Standpunkt. Alle Redereien, die ihn geheimer Vorliebe und Gunst für England verdächtigen, sind unwahr. Alle ihm schuldgegebene Mattherzigkeit gegenüber diesem Erzfeind ist Verleumdung. „England ist der selbstsüchtigste, hartnäckigste, erbittertste Feind. Ein Staatsmann, der sich scheute, gegen diesen Feind jedes taugliche, den Krieg wirklich abkürzende Mittel zu gebrauchen, verdiente gehenkt zu werden." So sagte der Kanzler am 28. September im Reichstag. Man könnte fortfahren: ein Staatsmann, der blindlings sein Volk durch Gebrauch eines zweischneidigen Mittels in einen unabsehbaren Krieg stürzt, ist keinen Schuß Pulver wert.

Wir wissen, daß der rücksichtslose Tauchbootkrieg Gegenstand eingehendster Beratung mit dem Reichstag gewesen ist. Die erwähnte Note vom Mai v. J. würde ihn gestatten; grundsätzlich hat man ihm nicht entsagt und wird man ihm nicht entsagen. Die oberste Reichsleitung und die oberste Kriegsleitung haben über die Anwendung zu entscheiden. Sie handeln in vollstem Einverständnisse. So ist, das kann ich versichern, der militärische Teil der letzten Rede des Reichskanzlers inhaltlich genau mit dem Feldmarschall v. Hindenburg vereinbart worden. So handeln und werden handeln oberste Heeresleitung und politische Leitung in allen großen, die Führung des Krieges betreffenden Fragen miteinander im engsten Benehmen und Einvernehmen. Das bürgt uns auch in der U-Bootfrage für die vollste sachkundige Prüfung und Entscheidung, für die heilsamste Wahrung des Wohles unseres Vaterlandes. Von Gegensätzen innerhalb der Regierung kann keine Rede sein. Da dürfen die von schweren

patriotischen Sorgen erfüllten Dilettanten mit ihren Druckschriften beruhigt abrüsten und die Führung auch fernerhin den berufenen verantwortlichen Stellen überlassen.

Aber ich muß noch kurz auf die sächsische Petition zurückkommen.

Zur Charakteristik der eigenartigen Auffassung über die künftige Entwickelung des Deutschen Reiches, die bei der Reichsleitung vorherrscht, nehmen die Petenten Bezug auf Vorträge, die der Kolonialstaatssekretär Solf in diesem Jahre in mehreren großen deutschen Städten gehalten hat. Sie legen ihm in den Mund, das Deutsche Reich könne ein großes koloniales Reich unterhalten auch ohne Seegeltung und starke Flotte. Auf meine Anfrage, wie es damit stehe, empfing ich heute die Antwort des Staatssekretärs. Er schreibt mir, die zitierten Worte seien entstellt und aus dem Zusammenhang gerissen. Er sendet mir die wörtliche Wiedergabe seines Vortrages. Aus ihr erhellt, daß der Staatssekretär nicht von Seegeltung, sondern von Seeherrschaft gesprochen hat. Das ist wohl zweierlei. Er sagt: „Beherrschen wir in Zukunft die See oder erreichen wir den von der gesamten Welt mit alleiniger Ausnahme Großbritanniens herbeigesehnten Zustand eines mare liberum für alle Nationen, dann werden wir unter dem Schutz unserer Marine auch einen überseeischen Besitz halten und verteidigen können. Bringt uns der Krieg aber nicht so weit, gelingt es uns nicht, die Frage der Seegeltung nach unseren Wünschen zu regeln, so ist damit entgegen der Meinung der Zweifler trotz alledem unserer kolonialen Politik keineswegs das Todesurteil gesprocheu. Das bedeutet keine Politik von Englands Gnaden. Nicht nur Deutschland, auch andere Staaten besitzen überseeische Kolonien, ungeachtet der Seeherrschaft Großbritanniens. Glauben

Sie, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, glauben Sie, daß Frankreich und Italien, daß Holland und Japan auch nur daran denken, ihre Kolonien aufzugeben, weil ihre Flotten allein für sich nicht mächtig genug sind, das Meer zu beherrschen?" So fällt auch diese Verdächtigung unserer Reichsleitung.

Ich komme zum Schluß. Noch einmal erinnern wir uns der Schrecken, die die Petition ausmalt, um den Druck auf Sachsen und andere Bundesstaaten zu üben. Sie spricht von tiefgehender Unzufriedenheit des Volkes, seiner Empörung, der Erschütterung des monarchischen Bewußtseins. Das ist Erniedrigung des deutschen Volkes, das alles bis zum letzten Blutstropfen und bis zum letzten Groschen zur Rettung unseres Vaterlandes zu opfern bereit ist. Wer gibt jenen Petenten das Recht, in dieser Weise unserem deutschen Volke zu nahe zu treten? Das ist Gefährden des Vaterlandes durch Erregen von falschen Hoffnungen und Erwartungen der Feinde. Demgegenüber ist es Pflicht eines jeden echten Deutschen, laut gegen solches Treiben, mag es auch aus glühendstem Patriotismus hervorgehen, seine Stimme zu erheben. Die Flaumacherei und Angstmeierei, die Furcht finden keinen Widerhall in deutschen Herzen.

Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.